

Dresdner Volkszeitung

Postkassentel.: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1286

Organ für das **werktätige Volk**

Bankkonto:
Gebr. Arnhold, Dresden
und Sachs. Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Frachtpreis mit den wöchentlichen Posten nach der Arbeit und „Welt und Zeit“ für einen halben Monat 1 M. Einzelnummer 10 P.

Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261, Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr, Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261, Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundbreite: die 20 mm breite Kuponzeile 30 Pf., die 90 mm breite Reklamszeile 1,50 Mk. für entsprechende Zeilen 35 Pf. und 2 Mk. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefmarkenlegung 10 Pf.

Nr. 220

Dresden, Montag den 21. September 1925

36. Jahrg.

Heidelberger Ergebnisse

In den Begrüßungsworten, die der Vorsitzende der Heidelberger Parteioberleitung an den Parteitag richtete, wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß Verlauf und Arbeit des Parteitag die Werbekraft der Partei erhöhen und so für die kommenden badischen Wahlen einen günstigen Auftrieb bringen möchten. Nun, die badischen Genossen werden nicht sagen können, daß in Heidelberg die Geister etwa heftig aufeinander geplagt wären. Es gab nur einen dramatischen Höhepunkt, und zwar an jenem Donnerstagabend, da die badische Delegation ihre Erklärung zur Entschließung der Sachkommission abgab. Von diesem Zwischenfall abgesehen, hielten sich die Verhandlungen auf dem Niveau eines erheitlichen, nüchternen Gleichmaßes. Das soll kein Vorwurf sein, wie wir umgekehrt nicht sagen möchten, daß scharfe Auseinandersetzungen der Werbekraft einer Massenpartei schädlich sein müssen. Im Gegenteil sie können, sofern sie zahlreich sind, der Öffentlichkeit den Ernst dort, mit dem eine Partei um die Klärung unstrittiger Zeitfragen sucht.

Bewußt waren in unsern Reihen die Gegenätze über die Fragen unserer Taktik selten so geringfügig wie in diesem Jahre der Budergerichte und der Sozialdemokratie, gegen die unsere Partei in scharfem Kampfe steht, aber über manche Punkte ging die Mehrheit doch zu leicht hinweg. So, als in den Debatten zum Vorstands- und Fraktionsbericht unsere parlamentarischen Kampfmethoden gestreift wurden. Die Partei hat zweifellos mit Ausdauer gegen die Budergerichte gekämpft, die Minderheit der Fraktion ist auch der Meinung, daß man schärfere, daß man Obstruktionsmittel hätte anwenden müssen, weil das unparlamentarische, demokratische Verhalten der reaktionären Blockparteien unüberwindliche Abwehrmethoden geradezu herausforderte. Es bedürfte sich gewissermaßen um eine Angelegenheit des politischen Temperaments, von welchem Gute die Fraktionsminderheit in diesem Kampfe der Fraktionsleitung etwas erwünscht hätte.

Da es hier nicht um meßbare Größen ging, behielt aber Streit ein ebenso unpositives Gesicht, wie der um die Wahlabschlüsse, die vom schweren Tritt der politischen Entwicklung zerstampft wurden. Das schließt nicht aus, daß die Deutschnationalen nach der Holzernte vom Wagen der Verantwortung abzuspringen suchen und daß das Zentrum nach Erledigung des Reichsschulgesetzes durch die Minderregierung auf eine große Koalition ohne die Deutschnationalen und mit der Sozialdemokratie hindrängt. Wir können dann vor neuen schweren Entscheidungen, und aus diesen Oppositionsrednern Kling die Befürchtung heraus, daß die Parteileitung im Kampfe von heute bereits zu sehr die Bindnisse von morgen denkt, anstatt mehr auf die eigene Kraft zu setzen und durch prinzipielle Klarheit des Kampfes zu werden. Unsere Stellung zum Staat wird durch diesen Streit kaum berührt, denn man kann es nicht gut — als ein Genosse des rechten Flügel gern tun — als eine Forderung unseres Bekenntnisses zur Demokratie und zur Republik ansehen, wenn wir diese deutsche Republik und Demokratie gelegentlich wie eine Karikatur behandeln.

Wenn die Berichterstattung Stellung und Reil wollten, können sie leicht dartun, daß es sich bei all diesen Fragen in unsern Reihen eigentlich nur um verschiedene Nuancen der Auffassung handelt, und daß sich schärfere Gegenätze in jeder Debatte angesichts der gesamten Situation nicht zeigen. Die Führer unserer österreichischen Bruderpartei haben diese Gesichtspunkte, die eine Tugend jedes sozialdemokratischen Führers sein sollte, diese Klugheit, Meinungsverschiedenheiten zu überbrücken, wo es geht, und Widerheiten zu gewinnen, indem man ihnen bedeuft, wie weit man ihre Bedenken versteht. In Heidelberg dagegen wurde es Genosse Stellung sogar fertig, die Barmarkende in einer Weise anzuschneiden, die Widerspruch provozieren herausfordern mußte. Er meinte, alle Genossen, die leinereit erstere Konsequenzen von gewissen, in die damalige verwickelten führenden Genossen forderten, hätten heute ruhig bekennen, daß sie geirrt hätten. Einige Mitglieder hätten darauf gebührend geantwortet. Hätten die angegriffenen Parteimitglieder dazu eine Erklärung abgeben können, so hätte sie lauten dürfen:

Wir wissen, daß der Barmarkendstabil von unsern Genossen an den Säuren herbeigekührt wir wissen, daß die Taktik von der kapitalistischen Presse ungeheuerlich verhöhrt, entstellt und verfälscht wurden. Wir müssen diese Fehler ablehnen, zumal in diesem Lager Politik und Geschäftsleben vermischt sind. Es gehört zu den guten Eigenschaften der Sozialdemokratie, daß sich ihre Politiker zu geschäftlichen Geschäftsoperationen nicht brauchen lassen. In der Zukunftszeit dagegen sind einigen Genossen realistischen Maßstäbe für diese Dinge abhandeln gekommen.

Mögen sie auch für die Partei in bester Absicht oder im guten Glauben gehandelt haben, so ist doch mindestens der Schein so stark gegen sie, daß sie im Interesse ihrer Partei die Konsequenzen längst hätten ziehen müssen. Wir wollten den Parteitag nicht mit einer Barmarkende belasten, aber wenn es der Berichterstattung des Parteivorstandes durchaus will, so mag er sich diese unsere bescheidene Meinung zu den Akten heften.

So hätten wir dem Genossen Stellung antworten können, doch schließlich war auch das nur ein Nebenpunkt. Die großen Themen der Heidelberger Tagung bildeten der Sachkonflikt und das Parteiprogramm. Darüber in einem zweiten Artikel.

Gegen den Reichsschulgesetzentwurf

In einer zahlreich besuchten demokratischen Lehrerversammlung in Hamburg sprach das demokratische Hamburger Vorkursmitglied, Frauinein Emma Beckmann, über den Reichsschulgesetzentwurf, den sie als ein unerbittertes Spiel bezeichnete, da er ganz ohne weiteres den Begriff der Religion als ein einseitiges durch die Menschheit geheimes Gefühl durch einen Paragraphen zu einem dogmatischen Bekenntnis umformen wolle. Der Entwurf sei ein Attemptat auf unsere gesamte Kultur, auf die freie Bildungsart und ein Verzicht auf jede geistige Freiheit der Lehrerschaft. Die Aufsicht der Schule werde jetzt sogar auf die private Betätigung des Lehrers ausgedehnt. Alle wahrhaft religiösen Menschen müßten sich zusammenschließen unter der Parole: für die Einheit der deutschen Schule, für die Erhaltung der deutschen Kultur.

Lloyd George für Nationalisierung des Landbesitzes

Dresden, 19. September. In einer Rede setzte Lloyd George die vom liberalen Agrar Ausschuss ausgearbeiteten Entschlüssen auseinander. Er erklärte, das System der Landlords sei dem Untergang geweiht. Das Landlordsystem müsse in gerechter Weise, d. h. mit einer Entschädigung für den wirklichen Wert, abgebrochen werden. Die Liberalen scheinen sich also für Nationalisierung der Landwirtschaft einzusetzen zu wollen. Die konservativen Presse ist einseitig und bekämpft und demagogisiert Lloyd George, während ihn die liberalen Blätter unterstützen und die Rede feiern.

Der Völkerbund mahnt Deutschland

T. Genf, 19. September. (Eig. Drahtf.) Das Journal de Genève, das vom Völkerbund als offizielles Sprachrohr benutzt wird, schreibt am Sonntagabend unter der Überschrift: „Wird Deutschland eintraten?“ folgendes: „Zwei Möglichkeiten bieten sich: Entweder warten bis zum nächsten Jahr (Herbst) oder man vertritt eine besondere Völkerbunderversammlung. Niemand hier unter uns allen wird leichten Herzens die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund nochmals um ein Jahr verschoben. Das wäre eine harte Geduldsprobe für die Völker und ein großes Risiko. Denn es hat beinahe zwei Jahre gebraucht, um Herrn Stresemann die Situation begreifen zu lassen, so wie wir es verstehen. Herr Stresemann kann im Laufe dieses Jahres geirrt werden. Wenn wir dann wieder zwei Jahre brauchen, um seinen Nachfolger davon zu überzeugen, daß das Interesse Deutschlands mit dem Europas zusammengeht, und wenn dieser in dem Augenblick geirrt wird, wo er das verstanden hat, dann haben wir wirklich Grund, sehr vorsichtig zu sein. Die Zulassung nur durch den Rat anstatt durch eine besondere Versammlung des Völkerbundes, wozu man hier gesprochen hat, bringt die Gefahr mit sich, daß juristische Probleme sehr gefährlicher Art aufgeworfen werden, und daß der Wert dieser Zulassung zweifelhaft erscheinen kann. Das ist trotz allen Schwierigkeiten die beste Lösung. Aber was wird Deutschland machen? Es wird auf jeden Fall seine Politik vertreten, die nicht ganz die unsrige ist. Es wird liebgewordene Gewohnheiten zerknirschen und Angelegenheiten zur Sprache bringen, die alle übrigen Völker für ererbigt halten. Vielleicht werden auch seine Vertreter in Kenntnis der Völkerbundmaschine neue Probleme aufwerfen. Aber alles das ist immer noch besser, als daß wir auf der Landkarte des Völkerbundes in Europa dieses große schwarze Loch sehen, das uns Zweifel verursacht.“

Der Danziger Briefkastentritt

T. Genf, 19. September. (Eig. Drahtf.) Der Völkerbund hielt am Sonntagabend zwei öffentliche Sitzungen ab. Am Vornachmittag wurden unter Vorsitz von Paul Boncour die Danziger Streitfragen behandelt. Am Briefkastentritt wurde Polen vertraglich das Recht der Errichtung eines eigenen Postdienstes in Danzig zugesprochen. Der Bericht stellte ferner fest, daß als Danzig nicht nur das Gebiet zu verstehen sei, in welchem sich der Hafen selbst befindet, sondern alle mit dem Hafen verbundenen wirtschaftlichen Teile der Stadt Danzig. Das Verlangen des Danziger Senats, die Ans-

Kabinettsrat über die Konferenzeinladung

Berlin, 21. September. (Eigener Drahtf.) Heute Montag tagt unter Vorsitz des Reichspräsidenten ein Kabinettsrat, der die Antwort auf die französische Einladungsnote zu einer Ministerauskunft über den Sicherheitspakt formulieren soll. Es wird erklärt, daß man hoffe, über die Antwort eine baldige Einigung zu erzielen, so daß man auf die Anhörung des Auswärtigen Ausschusses und der Ministerpräsidenten der Länder verzichten könne. Diese Anfragen sollen, falls eine Einigung erzielt wird, nur über die Stellungnahme informiert werden. Es läge noch im Bereich der Möglichkeit, daß diese Konferenz am geplanten 5. Oktober beginnen könne. Als Orte werden Lugano oder Lugano in der Schweiz genannt.

Die deutschnationalen Minister stehen also heute vor der wichtigsten Entscheidung. Stimmen sie der Sicherheitspaktpolitik zu, so binden sie ihre Partei endgültig an Erfüllungspolitik und Völkerbund — und die nationalsozialistische Radikaldemokratie als Heuschrecke abgetötet. Oder aber, sie widerlegen sich der Konferenz, dann sabotieren sie den bisherigen Regierungskurs und bringen das ganze Regierungsschiff in Gefahr. Die Regierungskrise ist dann unvermeidlich. Als wahrscheinlich wird angenommen, daß sich die Deutschnationalen zunächst fügen werden, daß sie aber vorbehalten machen, „Vorfragen“ geklärt haben wollen — kurzum, alles versuchen werden, um das ganze Werk zu gefährden und schließlich durch Umstände zum Scheitern zu bringen. Da heute und Dienstag auch die deutschnationalen Parteinstanzen (Partei Vorstand und Landesorganisationen) tagen, wird man in kurzer Zeit klar sehen können.

Wie wir bereits mitteilten, hat Hertel erklären lassen, daß er an der Dresdner Resolution gegen den Sicherheitspakt unerschütterlich sei. Er habe in Dresden nur Bericht erstattet. Hertel hat es aber vorzichtigerweise unterlassen, zu erklären, ob er die Dresdner Resolution billigt oder nicht. Recht bedauert die Deutsche Zeitung, daß man den Anschein erweckt habe, als ob Hertel die Resolution nicht billige, das entspricht, so behauptet die Deutsche Zeitung, nicht den Tatsachen. Bei den Deutschnationalen scheint niemand mehr zu wissen, was gebau und geschoben ist. Wahrscheinlich weiß Hertel im Augenblick selber nicht, ob er für oder gegen den Sicherheitspakt ist.

Aussicht für Wirtschaftsverständigung

Die Besprechung, die am 15. und 16. September zwischen Staatssekretär Trendelenburg und dem französischen Handelsminister Chaumet in Paris stattfand, war noch nicht der Beginn der eigentlichen Handelsvertragsverhandlungen. Die Besprechung sollte lediglich eine Verständigung über den Gang der Verhandlungen und eine neue

Legung des Begriffs „Hafen“ dem ständigen Internationalen Gerichtshof zu überlassen, wurde vom Völkerbundrat nicht befürwortet. Ebenso wurde Polen das Recht ausgedehnt, auf der Halbinsel Bessarabie ab Oktober 1925 ein Munitionsdepot zu errichten. Die Danziger Delegation erhob gegen diesen Beschluß Einspruch, da die Bevölkerung hierdurch der Gefahr einer Explosion ausgesetzt sei und außerdem Polen in seinem Kriegshafen bereits über ein genügend eingerichtetes Munitionslager verfüge.

Vertagung der Woffulfrage

In der Nachmittagsitzung befähigte sich der Völkerbund mit der Woffulfrage. Die Dreierkommission gab einen Bericht. Die Kommission ist sich unklar, ob der Völkerbundrat in der Woffulfrage eine Entscheidung treffen soll oder ob ein Schiedsgericht anzurufen sei; ferner ob die Entscheidung, um rechtskräftig zu werden, der Einstimmigkeit oder nur der einfachen Mehrheit bedürfe. In dieser Frage soll vom ständigen Internationalen Schiedsgericht ein Rechtsgutachten eingeholt werden, das so schnell wie möglich, spätestens bis zur Völkerbundratssitzung im Dezember, fertigzustellen sein soll. Gegenüber dieser Entscheidung beharren beide Teile auf ihrer Forderung nach einer umgehenden Entscheidung. Trotzdem beschloß der Rat, dem Vorschlag der Dreierkommission zu folgen und ein Rechtsgutachten einzuholen. Damit ist die Lösung der Woffulfrage auf die nächste Ratssitzung verschoben.

Von führender englischer Seite wird erklärt, daß, falls die Türkei die Entscheidung des Rates nicht anerkennen werde, der jetzige Status quo, wonach England das Gebiet einnehmen im Besitz behält, beibehalten bleibt. Einer Kriegsgefahr durch die Türkei sehe England gleichgültig gegenüber, da die Türken über keine Eisenbahnen und keine Straßen verfügen, um ihre Truppen aufzumarschieren zu lassen. Ebenso sei ihre materielle Unterlegenheit bekannt, und schließlich befindet sich die Türkei in einer sehr ungeklärten Finanzlage.

Interparlamentarische Konferenz

U. New York, 21. September. (Eig. Drahtf.) Präsident Coolidge wird im Laufe der Woche den ehemaligen deutschen Reichszustar Dr. Birtz empfangen. Man sieht Dr. Birtz als den bedeutungsvollsten Mann der interparlamentarischen Konferenz an. Auf der Konferenz erwartet man über 200 Parlamentarier aus allen Ländern.